



Bei der Podlumsdiskussion musste sich Christian Lange (3. v. l.) auch Kritik gefallen lassen.

Foto: hie

Neues Prostitutionsgesetz sorgt für scharfe Diskussion

Gesetzesänderung Frauenbeauftragte Elke Heer, FrauenForum und Kreisfrauenrat rufen Politik und Polizei in die Zange. Von Gise Kayser-Gantner

Schwäbisch Gmünd

Es ging scharf zu in der Diskussion ums Thema Prostitution. Zwischen den Besuchern, Christian Lange, MdB, und Christian Gehring vom Polizeipräsidium Aalen und den Vertreterinnen Ingrid Krumm, Solwodi, und Dr. Margarete Scheuermann vom Club Soroptimist, flogen Argumente, Gesetzesinhalte und Augenscheinrealitäten hin und her. Anstoß dazu war das neue Gesetz. Mit der provokanten Überschrift „Prostitution – ist Gewalt, kein Beruf!“ hatte Frauenbeauftragte Elke Heer für Zündstoff gesorgt.

Ist das Gesetz ein zahloser Tiger oder sorgt es dafür, dass Missstände endlich juristisch erfolgreich verfolgt werden können?

Diese Fragestellung ergab sich aus den Erläuterungen von SPD-Mann Christian Lange, der an diesem Gesetz mitgearbeitet hat. Natürlich ein Gesetz, das aktiv die Missbräuche eindämmen kann, erläuterte er. Das wirkte nicht überzeugend, wie Ingrid Krumm feststellte. Denn immer noch gilt in Deutschland, dass die Geschädigte, also die Prostituierte, den Beweis erbringen muss.

Falsches Alter, falsche Papiere

Das Gesetz, so Krumm, sei für die deutsche Frau gemacht, die sich für den „Beruf“ Prostitution entscheidet. Aber die jungen Mädchen und Kinder aus den osteuropäischen Ländern hätten kein Vertrauen in die Polizei und vor allem nicht den Mut, ihre Peiniger anzuzeigen. Kriminaloberkommissar

Christian Gehring sieht darin die Schwierigkeit, überhaupt vorgehen zu können. „Wenn eine Prostituierte uns sagt, sie macht es freiwillig, können wir nicht eingreifen.“ Die Altersgrenze wird mit falschen Angaben in den Papieren verschleiert. Christian Lange sieht es anders. Das neue Gesetz stelle Menschenhandel und Zwangsprostitution unter Strafe. „Ich will, dass der Menschenhandel verboten wird.“ Seine Einsicht in die Vermittlungsakten schildert er so: „Man schaut in menschliche Abgründe!“

„Wir haben nicht nur die Opfer nach Deutschland geholt, sondern gleichzeitig die mafiösen Strukturen“, so Krumm. Dagegen habe der Rechtsstaat Gesetze, sodass Strafverfolgung möglich ist, konterte

Lange. Für Unmut sorgte sein Beharren darauf, dass in einem Rechtsstaat die Beweispflicht beim Geschädigten liege.

Empörung und Hoffnung

„Wenn der Staat für die Prostitution eintritt als Gewerbe, dann soll er doch entsprechende Einrichtungen schaffen“, warf ein Mann ein. Dann habe man die Kontrolle. Die Anwesenden waren sich einig: „Wir brauchen das Verbot von Prostitution, hier sind Verstöße gegen Menschenrechte an der Tagesordnung.“ Ein Thema, wie Elke Heer zum Schluss sagte, das viel Empörung in den Raum schickte, aber mit vielen guten Ansätzen: „Veränderungen sind möglich, Gesetze können Haltungen verändern!“